

Das deutsche Parteiensystem und die Bundestagswahl 2017

WOLFGANG SCHROEDER

Am 24. September 2017 wird der 19. Deutsche Bundestag gewählt. Doch nicht nur das Hochamt der Demokratie ist in die Jahre gekommen; auch die Dreieinigkeit von Wahlen, Parteien und Parlamenten als unumstößliche Grundarchitektur der repräsentativen Demokratie scheint nicht mehr sakrosankt. Kritische Zuspitzungen, die den vorhandenen Beteiligungs- und Vertretungsstrukturen vorwerfen, sich nicht mehr auf der Höhe der Zeit zu befinden, werden keinesfalls mehr als exotische Positionen behandelt. So formulierte bspw. jüngst der belgische Historiker David Van Reybrouck: „Wahlen sind heutzutage primitiv. Eine Demokratie, die sich darauf reduziert, ist dem Tode geweiht“. Als Epizentrum aller Kritik wird dabei immer wieder der Zustand der Parteiendemokratie identifiziert. Inszenieren die Parteien (Schein-)Alternativen, um Wahlkämpfe zu führen, ohne wirklich Politik gestalten zu können? Angesichts signifikanter Mitglieder-, Wähler-, Repräsentations- und Vertrauensverluste werden sie als kulturell-sklerotische Organisationen betrachtet, die gesellschaftliche Entwicklungen nicht mehr angemessen abbilden können.

Die Schwierigkeiten der Parteien, als integrations- und repräsentationsstarke, gesellschaftlich geerdete Akteure zu wirken, so wie ihnen dies das Grundgesetz in Artikel 21 ermöglicht, werden insbesondere in fünf wesentlichen Diskursen thematisiert: Erstens ist die Rede von Komplexitätssteigerungen politischer Prozesse, die klare politische Verantwortlichkeiten verwischten; zweitens führten forcierte Prozesse der Individualisierung und Pluralisierung dazu, dass gruppenbezogene Ansprachen enorm erschwert seien und damit konsistente milieubezogene Politiken verunmöglicht würden; drittens wird die De-Nationalisierung, Globalisierung und Europäisierung genannt, die vor allem die Steuerungsfähigkeit globaler liberalisierter Märkte durch nationale Politiken überfordere. Und viertens wird in der umfassenden, auch internetbasierten Medialisierung von Politik ein enormer Angriff auf die herkömmliche Art, Politik zu machen, gesehen; fünftens dominierten Exekutive, Expertokratie und nicht majoritäre Institutionen, wie die Verfassungsgerichte, den Raum des Politischen. Im Ergebnis führten diese Prozesse dazu, dass die Legitimität von Parteien, Wahlen und Parlamenten sinkt, und die Parteien werden als willkommene Sündenböcke für vieles, was man als „Schlechtregiertwerden“ (Rosanvallon) bezeichnet, identifiziert.

Tatsächlich ist die Lage nicht ganz so eindeutig und der Abgesang nicht so zwingend, wie es diese Krisendiskurse vermuten lassen. Klar ist, dass die milieubasierten Volksparteien alten Typs Geschichte sind, deren Genese auf sozial-moralische Milieus zurückgeht, die durch Konflikte im Zuge von Industrialisierung, Nationalstaatsbildung und staatlicher Säkularisierung im 19. Jahrhundert erfolgten. Daraus resultierten Bindungen und gesellschaftliche Verheißungen, womit eine Parteienkonkurrenz zwischen linken, katholisch-klerikalen, konservativen und liberalen Ideen begründet wurde. Dass alles existiert heute nur noch in Spurenelementen; jedenfalls sind diese Bezüge weder als Inszenierung noch als wirklich belastbarer, also repräsentationsfähiger Parteienwettbewerb vorhanden. Doch was tritt an ihre Stelle?

Wer leistet die notwendige Vermittlungsarbeit zwischen Gesellschaft und Staat? Wenn es um Alternativen zu den Parteien geht, dann wird über die Expertokratie, die sozialen Bewegungen, direkte und deliberative Verfahren der Bürgerbeteiligung und über die Verbände gesprochen. Dies alles sind jedoch nach näherer Betrachtung Scheinalternativen. Würden sie das Maß der Dinge bilden, dann würde dies die Demokratie radikal verändern und reduzieren: Denn sie beteiligen in der Summe weniger, teilweise banalisieren und emotionalisieren sie noch stärker als die etablierten Akteure und produzieren vermutlich noch mehr soziale Ungleichheit. Gleichwohl sollten die Parteien und Parlamente diese Akteure und Instrumente wegen ihrer auch vorhandenen Vorzüge noch stärker für eine Revitalisierung ihrer Strukturen nutzen.

Dies sind alles Scheinalternativen, weil sie nicht in der Lage sind, die Gesellschaft als großes Ganzes zu denken. Insofern geht es nicht darum, Parteien, Wahlen und Parlamente zu ersetzen, sondern ihre Rolle neu, präziser und zeitgemäßer zu bestimmen. Ein grundlegendes Dilemma dabei – darauf wiesen jüngst die beiden WZB-Wissenschaftler Sascha Kneip und Wolfgang Merkel hin – besteht in ihrer „legitimatorischen Klemme zwischen einer nachlassenden Verankerung in der Gesellschaft und sinkendem Vertrauen der Bürger einerseits und einem – über Wahlen legitimierten – fast monopolistischen Zugang zu den staatlichen Entscheidungsarenen und Ressourcen andererseits“.

Der Einfluss der Parteien ist also reduzierter als in ihren Hochzeiten. Dass ehrlich anzuerkennen, ist die Basis für Revitalisierung. Dazu beitragen können mehr partizipative Elemente wie Urwahlen, eine veränderte Personalrekrutierung und bessere Formen der gesellschaftlichen Einbettung etc. Vor allem gehört dazu der Dialog mit gesellschaftlichen Kräften, die soziale Innovationen schaffen. Umgekehrt müssen aber auch gesellschaftliche Akteure, wie die Gewerkschaften, sich wieder ernsthafter und engagierter mit den Parteien auseinandersetzen und sie nicht nur aus einer lobbyistischen Perspektive fordern, sondern auch in ihrer Rolle als gesamtgesellschaftliche Akteure. Kurzum: Die Wahlen 2017 sind wichtig für die Frage, wer bekommt was, unter welchen Bedingungen und wie stellt dieses Land die Weichen für seine Zukunft und damit auch für die Legitimität seiner repräsentativen Demokratie, die sich sowohl an der Beteiligungsrealität wie auch an den Ergebnissen messen lassen muss. Van Reybrouck hätte übrigens mit seinem anfangs zitierten Urteil recht, wenn die Wahlen der einzige Legitimationsmodus wären. Das Gegenteil trifft aber auch zu: Wenn die Wahlen kein starkes gesellschaftliches Votum abbilden, dann ist es erst recht schlecht um die soziale Demokratie bestellt. ■

WOLFGANG SCHROEDER, Prof. Dr., lehrt Politikwissenschaft an der Universität Kassel und ist Research Fellow am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).

@ wolfgang.schroeder@uni-kassel.de